

100-Tage Sofortprogramm

Aufgaben für die ersten 100 Tage
der 21. Legislaturperiode
aus Sicht der BVMB



Bundesvereinigung
Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.

BVMB

100-TAGE-SOFORTPROGRAMM

Aufgaben für die ersten 100 Tage der 21. Legislaturperiode aus Sicht der BMVB

Um schnellstmöglich eine spürbare Verbesserung bei der maroden öffentlichen Infrastruktur, fehlendem Wohnraum, Bürokratieaufwand, Arbeitsmarkt und Belastungen für Unternehmen in Deutschland zu erreichen und somit auf dem schnellsten Weg die Grundlagen für eine Konjunktur- und Wirtschaftswende zu schaffen, fordert die mittelständische Bauwirtschaft die neu gewählte Bundesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen in den ersten 100 Tagen der 21. Legislaturperiode auf den Weg zu bringen und umzusetzen:

1. Verlässliche finanzielle Perspektiven für alle Verkehrsträger schaffen

In ganz Deutschland ist sichtbar, dass die Verkehrsinfrastruktur in einem immens schlechten Zustand ist. Das schwächt und behindert immer mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Die Deutsche Bahn, Autobahn GmbH sowie die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes benötigen schnellstmöglich Finanzierungssicherheit für die anstehenden Bauaufgaben in der sehr langfristig orientierten Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, auch schon vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2025. Finanzielle Unsicherheit im Infrastrukturbereich führt zu einem Stillstand der Planungs- und Bauaufgaben, den sich Deutschland nicht leisten kann.

2. Planungs- und Genehmigungsabriss in der Verkehrsinfrastruktur verhindern

Es muss verhindert werden, dass sich Infrastrukturvorhaben verzögern. Eine unsichere Haushaltslage darf keine Auswirkungen auf das Planen und Genehmigen haben. Wir fordern deshalb, dass alle öffentlichen Auftraggeber und Sektorenauftraggeber verbindlich dahingehend angewiesen werden, Planungen und die Beantragung von Genehmigungen für neue Bauvorhaben auch vor der Verabschiedung eines neuen Bundeshaushalts weiter voranzutreiben.

3. Selbstgenutztes Wohneigentum und Wohnungsbau stärken

Um den eingebrochenen Bau von dringend benötigtem Wohnraum wieder anzuregen, braucht es vor allem handfeste Investitionsanreize. Wir fordern die neu gewählte Bundesregierung deshalb dazu auf, starke steuerliche Anreize für den Wohnungsbau zu setzen:

Private Bauherren sollten die Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Bau von selbst genutztem Wohneigentum sowie für den Bau von fremdgenutztem Wohnraum als abzugsfähigen Posten bei der Einkommenssteuer geltend machen können. Dies würde die finanzielle Belastung beim Immobilienerwerb senken und private Investitionen in den Wohnungsbau erleichtern.

Für institutionelle Investoren fordern wir von der Bundesregierung die Einführung einer Superabschreibung mit hohen Abschreibungssätzen in den ersten Jahren für die Schaffung von neuem Wohnraum, um Investitionsimpulse zu setzen.

Zudem fordern wir die vollständige Abkehr von der Mietpreisbremse. Sie ist kein wirkungsvolles und geeignetes Instrument für den angespannten Wohnungsmarkt. Stattdessen führt sie zu Unsicherheit bei privaten Bauherren und Investoren, wodurch dringend benötigter Wohnraum nicht geschaffen wird.

4. Nachhaltigkeitsberichtspflichten entbürokratisieren

Wir fordern, dass das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) als rein deutscher Alleingang ausgesetzt wird, bis die europäische Lieferkettenrichtlinie in Kraft tritt. Nur so lassen sich unnötige Doppelarbeit und Bürokratie für mittelständische Unternehmen vermeiden.

5. Flexibilisierung der Höchstarbeitszeit einführen

Die im Arbeitszeitgesetz vorgeschriebene tägliche Höchstarbeitszeit ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht in einer modernen, digitalen Arbeitswelt weder den Anforderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch denen der Arbeitgeber. Dies trifft insbesondere in der Bauwirtschaft zu, die für ihre Baumaßnahmen flexiblere Arbeitszeitmodelle benötigt. Wir fordern von der Bundesregierung daher eine Flexibilisierung in Richtung einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit, so wie es die europäische Arbeitszeitrichtlinie auch vorsieht und zulässt.

6. Bundestariftreuegesetz verwerfen, Tarifautonomie und Wettbewerb stärken

Das geplante Bundestariftreuegesetz ist mit unverhältnismäßig hohen Bürokratiekosten für Unternehmen und die Verwaltung verbunden, widerspricht dem Grundsatz der Tarifautonomie und schränkt den unternehmerischen Wettbewerb ein. Die hohe Konkurrenz um Fachkräfte in der Bauwirtschaft und Regelungen wie das Arbeitnehmerentsendegesetz sorgen ohnehin dafür, dass ein solches Gesetz für die Bauwirtschaft keinerlei Steuerungswirkung hätte. Auch fehlt aufseiten der Verwaltung die Fachkompetenz zu prüfen, welcher Tarifvertrag im Einzelnen gelten soll. Wir fordern deshalb, dass ein solches Gesetz nicht umgesetzt wird.

7. Fachkräfteeinwanderung vereinfachen

Der Fachkräftemangel in Folge des enormen Bedarfs in der Wirtschaft, vor allem in der Bauwirtschaft, lässt sich nicht allein aus Fachkräften in Europa decken. Notwendig ist dazu auch eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten. Die Vergabe von Visa und Arbeitserlaubnissen dauert in den Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden jedoch deutlich zu lange. Wir fordern deshalb eine Genehmigungsfiktion für die Arbeitserlaubnis, wonach diese nach Ablauf der gesetzlichen Regelfristen als erteilt gilt, wenn die zuständige Behörde nicht das Gegenteil entscheidet.

8. Unternehmen steuerlich entlasten, Wirtschaftskraft freisetzen

Die Steuerlast für Unternehmen in Deutschland ist im europäischen Vergleich eine der höchsten und belastet die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Die BMVB fordert deshalb als Sofortmaßnahme, die verbliebenen Teile des Solidaritätszuschlags schnellstmöglich abzuschaffen. Dies eröffnet Unternehmen finanziellen Spielraum für Investitionen und führt damit zukünftig zu mehr Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit. Wie auch die Wirtschaftsweisen betonen, hat der Soli längst seine ursprüngliche Zweckbindung verloren.

9. Energiekosten senken

Strom-, Gas- und Treibstoffpreise sind für Unternehmen in Deutschland die teuersten im internationalen Vergleich. Sie treiben auch in der Bauwirtschaft die Preise, da viele Baumaterialien unter hohem Einsatz elektrischen Stroms und Gas hergestellt und mit hohem Treibstoffaufwand transportiert werden müssen. Wir fordern die neu gewählte Bundesregierung deshalb dazu auf, die von ihr beeinflussbaren Preisbestandteile der Strom-, Gas- und Treibstoffpreise wie Steuern und Umlagen (z. B. CO₂-Bepreisung) drastisch zu senken, um deutschen Unternehmen die Beschaffung zu einem konkurrenzfähigen Preis zu ermöglichen.

10. „One in, two out“ Regel einführen

Wir fordern eine Reform der 2015 eingeführten „One in, one out“-Regel hin zu einer „One in, two out“ Regel. Bisher hat diese Regel bestenfalls dafür gesorgt, dass zusätzliche bürokratische Belastungen für die Unternehmen nur etwas langsamer zugenommen haben. Mit einer Reform erwarten wir, dass auch tatsächlich Bürokratie abgebaut wird: Für jede Belastung im Sinne von bürokratischem Erfüllungsaufwand, die durch eine neue gesetzliche Regelung auf nationaler Ebene erzeugt wird, muss eine doppelt so hohe Entlastung durch den Wegfall von Erfüllungsaufwand an anderer Stelle erfolgen. Hierzu gehört auch, dass die Bundesregierung den Erfüllungsaufwand neuer Gesetzesvorhaben seriös und belastbar schätzt.





Herausgeber

**Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e. V.**

2025

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e. V. (BVMB)
Königswinterer Straße 329, 53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-0
info@bvmb.de & www.bvmb.de
Lobbyregister Nr.: R001874

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. P.:
Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer

Bildnachweise:
levgen Skrypko/AdobeStock
KRIS/AdobeStock
Peggy_Marco/pixabay